

ESSAY

Kaltgestellte Frösche

Politik kennt kein Ethos mehr: Sie will die Welt vermessen, anstatt sie zu deuten und zu gestalten.

Von Richard David Precht



Wahlplakate 2013

Der italienische Regisseur Sergio Leone hatte eine einfache Antwort auf die Frage, worin der Unterschied besteht zwischen einem amerikanischen Western und einem Italo-Western. „Wenn bei John Ford jemand aus dem Fenster guckt, hat er den Blick in eine strahlende Zukunft. Wenn bei mir jemand aus dem Fenster guckt, dann weiß jeder: Der wird jetzt erschossen!“ Nicht anders verhält es sich mit den Zukunftsfenstern unserer Demokratie. Wenn in der alten Bundesrepublik Ludwig Erhard oder Willy Brandt eine Vision von einem zukünftigen Deutschland malte, wurde er gefeiert und gelobt. Wenn heute jemand eine konkrete Vision von einem anderen Deutschland entwirft, dann weiß jeder: Der wird jetzt von den Massenmedien erschossen!

Kein Wunder, dass angesichts des kollektiven Verlustes der Utopiefähigkeit und eines allseits gegenwärtigen Angststillstands Wahlen in Deutschland immer belangloser werden. In meinem Umfeld weiß eigentlich kaum noch jemand, wen er wählen soll. Und die einzig spannende Wahl scheint jene zu sein, die Harald Welzer beschrieben hat (SPIEGEL 22/2013): zu wählen oder nicht zu wählen.

Wer über vorwärts- oder rückwärtsgewandte Alternativen zum Bestehenden, über Piraten, Linke oder AfD nachdenkt, erscheint, oft aus guten Gründen, als weltfremd. Der Rest ist eine Auswahl von vier Volksparteien. Da es aber nur ein Volk gibt, dessen vermeintlicher Wille tagtäglich von Meinungsforschern mit Millionenaufwand abgelascht wird, existiert heute im Grunde nur noch eine Mega-Partei. Sie ist wirtschaftlich liberal mit paternalistischem Einschlag, sie ist für soziale Gerechtigkeit bei Chancen und bei Verteilung, sie ist für Umwelt und Europa, was auch immer das heißen soll, sie ist für Bildung, Familie, Kinder, Gesundheit. Sie ist für alles. Und da sie für alles ist, ist sie nur gegen eines: gegen Veränderungen.

Die Gründe für den Angststillstand sind oft genannt: Zu groß, zu komplex und zu undurchschaubar scheinen die Probleme der globalisierten Finanz- und Arbeitsmarktpolitik, zu

eng die Maschen der Vereine, Verbände und Verwertungsinteressen, zu voll scheint der Wahlterminkalender. Was hingegen kaum beleuchtet wird, sind die Folgen der digitalen Revolution, die unsere Gesellschaft statisch und unflexibel gemacht haben. Man könnte sie ein wenig sperrig so formulieren: als den Sieg der quantitativen Evaluation über die qualitative.

Der technische Fortschritt ist der einzige Fortschritt in der Geschichte der Menschheit, der unumkehrbar ist. Doch dass wir heute Daten in unvorstellbarer Menge erfassen und verarbeiten können, hat nicht nur die Träume von Geheimdiensten in gesellschaftliche Alpträume verwandelt und digitale Unternehmen zu Spitzeldienstleistern gemacht. Weit darüber hinaus hat die Quantifizierung von allem und jedem das Ethos der gesamten Gesellschaft unterpült. Nicht die Qualität zählt, sondern Quantität. Und da Quantität leicht zu bewerten ist, bleibt das mühselige Geschäft der Urteilsbildung, die jedem Qualitätsurteil unterliegt, zumeist aus.

Besonders betroffen sind davon die Gesellschaftswissenschaften. Welcher entscheidende Impuls dringt heute noch wie in den sechziger oder siebziger Jahren von Politologen, Soziologen, Pädagogen, Kulturwissenschaftlern, Kommunikations- und Medienwissenschaftlern in die Politik vor? Ganze Universitätsdisziplinen erscheinen heute nahezu lahmgelegt unter der zentnerschweren Last empirischer Forschung. Wer als Pädagoge oder Soziologe Projekte finanziert haben will, muss messen und quantifizieren. Dass dabei sinnvolle Untersuchungen gemacht werden, wird nicht bestritten. Doch die kollektive Verwandlung von Intentionen, Interpretationen und Interventionen in Messdaten hinterlässt ihre Spuren. Selbst wenn es um die Beurteilung der Qualität von Schulen oder anderen Institutionen geht, wird heute fast nur noch empirisch evaluiert, so als könnte deren Qualität je eindeutig quantitativ erfasst werden. „Die messbare Seite der Welt“, möchte man diesem seelenlosen Treiben mit

Martin Seel zurufen, „ist nicht die Welt. Es ist die messbare Seite der Welt!“

Und was geschieht mit all dem turmhoch geschichteten Material? Im glücklichsten Fall wird mal irgendetwas irgendwo wahrgenommen. Sachbearbeiter erstellen Extrakte aus vielhundertseitigen Studien und Evaluationen, Staatssekretäre kürzen sie auf zwei Seiten, aus denen ein Politiker bei einer Rede drei Zahlen entnimmt. Man denkt angesichts solcher Mühen an Nietzsches Satz vom „virtuosen Gequak kaltgestellter Frösche, die in ihrem Sumpf desperieren“ – nur dass empirische Forschung nicht virtuos ist. Sie ist das Handwerk einer Zulieferindustrie, die keinen gesellschaftlich relevanten Diskurs mehr formt. Man übertreibt wohl nicht, wenn man sagt, dass mit dem Siegeszug der digitalen Datenverarbeitung der Niedergang der Gesellschaftswissenschaften begann. Denn je wissenschaftlich exakter sie zu werden trachteten, umso unwichtiger wurden sie für die Gesellschaft. Und je größer die Datenmenge, umso kleiner wurde die Aufmerksamkeit auf sie.

Wie romantisch erscheint vor diesem Hintergrund der Traum des Marquis de Condorcet, der im Morgenrot der Französischen Revolution von einem konzertierten Siegeszug der Wissenschaften schwärmte, die in der Zukunft alle Politik zur Sozialmathematik rationalisieren sollte. Politik sollte Wissenschaft werden und Wissenschaft Politik. Heute dagegen hält das „und“ Politik und Wissenschaft weiter auseinander als je zuvor. Nicht Einvernehmen besteht, sondern das, was der französische Philosoph Jacques Rancière im fahlen Abendlicht unserer Demokratie das „Unvernehmen“ (la mésentente) genannt hat – zwischen einer skandalös unphilosophischen Politik und der politischen Philosophie.

Wer die Welt empirifiziert, statt sie zu deuten, schaufelt mit an diesem Graben des Unvernehmens, der den schleichenden Niedergang von Politik und Gesellschaftswissenschaften zementiert. Eine Politik, die ihre Bilder nicht aus dem Imaginationschatz der akademischen Kultur gewinnt, ist blind; eine akademische Kultur, die nicht politisch relevant wird, bleibt leer. Darüber täuschen auch nicht die belanglosen Beratungsgremien, Räte und Kommissionen hinweg, die die Politik heute kennt und die eher Eitelkeiten befriedigen als Politik gestalten.

Man braucht sich, um das Ausmaß dieses Treibens und seine gesellschaftlichen Folgen realistisch einzuschätzen, des Ernstes halber nur einmal fragen: Was würden unsere Professoren in den Gesellschafts- und Sozialwissenschaften eigentlich treiben, wenn es keine Computer und keine Datenverarbeitungsprogramme gäbe? Wohin hätten sich die Fächer entwickelt? Was würde geschehen, wenn es ein Empirie-Moratorium gäbe? Viele Professoren und Mitarbeiter wüssten nicht mehr, was sie tun sollten. Was würde passieren, wenn man in Deutschland drei Jahre lang keine Fernseheinschaltquoten mehr messen würde? Eine ganze Generation von Programmdirektoren und Chefredakteuren wüsste überhaupt nicht mehr, was für ein Programm sie machen und wie sie es beurteilen sollte.

Intelligenz, so meinte Jean Piaget, ist das, was man einsetzt, wenn man nicht weiß, was man tun soll. Wer sich an Zahlen orientiert, setzt seinem Denken enge Grenzen und weiß eigentlich immer, was er tun soll. In diesem Sinne ersetzt das Quantifizieren das Denken. Was auf der Strecke bleibt, ist die Pflege von Urteilsvermögen und Urteilsfreude, von Werten, Gesinnungen und

Haltungen. Das ganze moralische Inventar der abendländischen Kultur von Aristoteles über Kant bis zur Frankfurter Schule sieht sich ersetzt durch Konsequentialismus und Risikofolgenabschätzung. Der alte Sechziger-Jahre-Streit zwischen Theodor W. Adornos kritischer gegen Alphons Silbermanns empirischer Soziologie ist längst entschieden. Die Silbermänner haben gewonnen. Die unheilvoll friedliche Koexistenz von Politik und Gesellschaftswissenschaften freilich gebiert kein Ethos mehr. Genau dieses Ethos aber – und hier schließt sich der Kreis – ist das, was Wähler traditionell im Wahlkampf bei Politikern suchen, nämlich wofür man mit „innerlicher Überzeugung“ steht.



Autor Precht

Was auf der Strecke bleibt, ist die Pflege von Werten, Gesinnungen und Haltungen.

Moderne Politik kennzeichnet sich durch den Ethosverzicht zugunsten taktischer Klugheit und höchst flexibler Grundsätze. In diesem Sinne erscheint es nur als konsequent, den Technokraten selbst das Regieren zu überlassen. Solche Technokraten tun nichts, was sie nicht genau abschätzen zu können. Sie haben auch keine Inhalte oder Themen, sondern Inhalte und Themen kommen durch die Massenmedien auf sie zu: Finanzkrise, Schuldenkrise, Bespitzelungsaffäre. Nichts davon ist gehant, nichts gewusst. Weil nirgendwo auf die Zukunft hin geplant und nach Überzeugungen gestaltet wird, erwartet die Politik die Themen wie das Wetter – die Diktatur der Gegenwart über die übrige Zeit; alles bewegt, nichts verändert sich.

Dass Politik nicht dauerhaft erfolgreich sein kann, wenn sie auf ein Ethos und darauf gegründeten Zielen verzichtet, wissen alle. Aber wir glauben es nicht, es hinterlässt kaum Spuren in unserem Alltag. Und nicht zu glauben, was man weiß, kann beruhigend sein. Dabei scheint es, als ob Martin Bubers religionsphilosophische Einsicht, dass man nicht etwas ändern kann, ohne alles zu ändern, diese Gesellschaft lähmt.

In einer Aufregungsdemokratie lebt der am längsten, der sich am wenigsten aufregt. Und wer sich an nichts heranwagt, kann weder real noch medial scheitern.

Die Utopie als konstruktive Kraft der Politik aber bleibt verschwunden. Der U-topos ist nicht vermessbar – deshalb taucht er nicht auf. Wie wir in Zukunft leben werden, bestimmen kaum mehr Politiker, sondern die Visionäre und Utopisten der digitalen Revolution: Google, Facebook, Apple, Microsoft und Samsung. Gegen diese digitalen Supermächte sind Deutschlands Politiker strategische Pygmäen. Die Macht haben sie sich schon lange aus den Händen nehmen lassen. Da eine Wahl aber nur dann sinnvoll ist, wenn diejenigen, die man wählt, auch Macht haben, müsste man eigentlich das Führungspersonal von Google oder Facebook wählen, das seine Strategien und Visionen offenlegt und zur Abstimmung stellt: Was habt ihr mit unseren Daten vor? Welche Veränderung in unserer Kommunikation wollen wir, und welche sollten wir besser nicht zulassen? Wofür nutzt ihr eure beispiellose Macht- und Kapitalkonzentration? Denn all dies mit seinen gesellschaftlichen Folgen und Kollateralschäden wird unser Leben radikal verändern, ohne dass wir auch nur ein Wort mitreden können. Verglichen damit ist die Frage, ob Merkel oder Steinbrück Bundeskanzler ist, nicht einmal eine Fußnote wert.

Nach Rancière muss die unphilosophische Politik erst absterben, damit das Politische wieder politisch wird. Aber was machen wir bis dahin? Sicher ist Nichtwählen keine Möglichkeit, aber Wählen unter den gegebenen Umständen eben auch keine. ◆